



Der Philosophenturm der Hamburger Universität: Bis auf weiteres geschlossen

# Zum Fürchten war kein Anlaß

Von Hamburg bis Heidelberg – die Unruhe an den Universitäten hält an

## Hamburg

W Weil der AstA der Hamburger Universität dem Rektor nicht zusichern wollte, daß der Lehrbetrieb im Gebäude der Philosophischen Fakultät bis zum Semesterende ungestört verläuft, so als sei nichts geschehen, ist der Philosophenturm immer noch zugesperrt: Hinter den gläsernen Drehtüren sieht man Stacheldraht ausgerollt und Polizisten patrouillieren, mit weißen Dienstmützen auf dem Kopf und dem „Berliner Helm“ in der Hand.

Angefangen hat es in der letzten Woche mit einer Demonstration gegen den Entwurf zu einem neuen Hamburger Hochschulgesetz: Obwohl bei einem vorangegangenen teach-in die rund 3000 Demonstranten einhellig Gewaltlosigkeit zugesichert hatten, verbot die Innenbehörde den Protestzug durch die **Hamburger Innenstadt**, und das Verwaltungsgericht bestätigte das Verbot, denn Gewaltanwendung sei nicht auszuschließen. Die in Scharen auf dem Universitätsgelände und in der City zusammengezogenen Polizisten ließen den Zug dennoch passieren. Die Studenten sangen im Chor die letzte Zeile des Liedes „Kommet, ihr Hirten“: „Fürchtet Euch nicht“. Alles blieb ruhig, zum Fürchten war kein Anlaß.

Das änderte sich, als der Zug, wie angekündigt und von der Polizei verlangt, auf das Gelände der Universität zurückkehrte. Da waren es immer noch rund tausend Studenten, die weiter diskutieren wollten. Nur: der einzige Raum, in dem das möglich gewesen wäre, das Auditorium Maximum, war inzwischen zugeschlossen worden. Da-

mit waren Ruhe und Disziplin zum Teufel; im Foyer des benachbarten Philosophenturms kam es zu wütenden Prügeleien und zu Wasserschlachten mit Feuerschläuchen zwischen Polizisten und Studenten. Nach zwei Stunden wurde das Auditorium Maximum wieder geöffnet, die Polizei verließ den Philosophenturm, bis Mitternacht wurde diskutiert. Und nachts um zwei kam die Polizei zurück, diesmal endgültig. Seitdem ist das Gebäude der Philosophischen Fakultät geschlossen.

Der äußere Hergang ist einigermaßen klar; weniger durchsichtig ist, was im Hintergrund geschah; wer mit wem im Hamburger Rathaus was gesprochen hat; wie weit die Universitätsleitung in die Sache verquickt ist. Immerhin ist inzwischen so viel deutlich geworden: die **vollkommen unbegreifliche**, den Konflikt erst heraufbeschwörende Schließung des Auditorium Maximum geschah auf Anordnung des in Hamburg für Schulen und Universitäten zuständigen Zweiten Bürgermeisters Drexelius.

Drexelius, der in einer Pressekonferenz vom „schwärzesten Tag seines Lebens“ sprach, der die Demonstration in der Innenstadt als Aufruhr bezeichnete, die zu Recht von den Behörden verboten worden sei, und der das Verdienst an ihrem friedlichen Verlauf ausschließlich der Polizei zusprach — Bürgermeister Drexelius schätzte die Situation an seiner Hamburger Hochschule falsch ein. Der Polizeieinsatz auf dem Universitätsgelände war überflüssig, die Studenten wollten keinen Rabbatz machen, sie wollten nichts be-

setzen, sie wollten nur diskutieren — an jenem Abend jedenfalls.

Die Fehlleistung des Hamburger Senators hat in Baden-Württemberg eine Parallele gefunden. Das Kultusministerium in Stuttgart untersagte der Mannheimer Universität die Anwendung einer von der Universitätsvollversammlung beschlossenen Reformverfassung, in der Öffentlichkeit aller Sitzungen des Senats und ein Vetorecht der Minderheitengruppen im Senat verankert worden war. Gegen die Meinung der Vollversammlung und des alten Senats, auf das Votum eines einzelnen Professors hin und wohl auch auf Einwände der Landesrektorenkonferenz, wurde durch Verwaltungsbescheid damit eine Übergangslösung unmöglich gemacht, die den Willen der Mannheimer Hochschule bekundet hatte: Wir lösen unsere Probleme selbst.

Die Folge: Die drei Mannheimer Rektoren traten zurück und die Mannheimer Studenten in den unbefristeten Streik. Und eine Vollversammlung der Universität beschloß ohne Gegenstimme: die Übergangslösung wird praktiziert.

In Heidelberg unterdessen spielen Polizei und linksradikale Studenten Katz und Maus miteinander; Ansammlungen in der Innenstadt werden mit Wasserwerfern auseinandergetrieben. In Tübingen mußte eine Plenarsitzung der Grundordnungsversammlung vom Rektor abgebrochen werden, weil sie von Studenten nachhaltig gestört wurde. — Von Hamburg bis Heidelberg: Unruhe und Unsicherheit allerorten.